

44 Prozent erreichen die Rente nicht

UMFRAGE-ERGEBNISSE
SIND ALARMIEREND

Die IG Metall hat 2013 bundesweit in den Betrieben abgefragt, wie der betriebliche Alltag aussieht. Über 500 000 Beschäftigte haben an der Befragung teilgenommen, davon über 4000 im Bereich der IG Metall Süd-Niedersachsen-Harz. 44 Prozent gehen davon aus, dass sie die gesetzliche Rente nicht schaffen werden. Nachgefragt beim Ersten Bevollmächtigten Manfred Zaffke.

Was hat die Beschäftigtenbefragung gebracht?

Manfred Zaffke: Die hat den Nerv der Menschen getroffen. Wir freuen uns über die hohe Beteiligung in den Betrieben unserer Verwaltungsstelle. Die Ergebnisse zeigen, dass wir mit unserem Fokus auf den Themen »Alters- und Altersgerechte Arbeit sowie Flexibler Übergang in die Rente« richtig liegen.

2013 habt Ihr mit der Kampagne gegen die Rente mit 67 (Bannermeile in Göttingen und Hannover) für Aufmerksamkeit gesorgt. Wie soll es weitergehen?

Zaffke: Unsere Betriebsräte und Vertrauensleute werden gemeinsam mit den Beschäftigten Ideen und Konzepte entwickeln. Damit setzen wir unsere beteiligungsorientierte Betriebs-, Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik fort. Startschuss war das Praxis-Forum am 24. März 2014 in Northeim. Dort haben wir die Ergebnisse für unseren Bereich vorgestellt.

44 Prozent schaffen das gesetzliche Rentenalter nicht?

Zaffke: Ja. Noch nicht einmal jeder Dritte geht davon aus, die Arbeit bis zur gesetzlichen Rente durchzuhalten. In den Gießereien Pleissner und Harz Guss schätzen 16 bis 17 Prozent der Arbeitnehmer, dass sie bei gleichbleibender Arbeit das reguläre Rentenalter von über 65 Jahren erreichen. Aber auch bei Carl Zeiss Microscopy liegt die Zahl nur bei 35 Prozent. Den Unterschied machen sicher die belastenden Arbeitsbedingungen gerade in produktionsnahen Bereichen mit Schichtmodellen. Doch auch im Büro bringt die zunehmende Leistungsverdichtung die Arbeitnehmer an ihre Grenzen. Fast jeder zweite Beschäftigte sorgt sich, den steigenden Anforderungen im Beruf nicht mehr gewachsen zu sein.

Was muss geschehen?

Zaffke: Wir werden mit Kampagnen weiter Druck auf die Politik ausüben für eine grundsätzliche



Manfred Zaffke: »Die Kurskorrektur in der Rentenpolitik reicht nicht aus. Wir brauchen grundlegende Reformen zum Renteneintrittsalter.«

Kurskorrektur der Arbeits- und Rentenpolitik und in den Betrieben mit Konzepten und Vereinbarungen soweit es geht, Regelungen zum Schutz der Beschäftigten durchsetzen. Dafür brauchen wir gut organisierte Belegschaften, die sich mit uns zusammen engagieren. ■

AUF EINEN BLICK

4083 Beschäftigte haben mitgemacht

An der bundesweiten Beschäftigungsumfrage der IG Metall haben 514 134 Beschäftigte teilgenommen, davon 48 851 im Bezirk der IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

4084 Beschäftigte in 93 Betrieben im Bereich der IG Metall Süd-Niedersachsen-Harz haben den Fragebogen ausgefüllt. Die Spitzenreiter nach Beschäftigtenzahlen:

- Mehr als 600 Beschäftigte: Piller Group, Zeiss Microscopy und Mahr mit fast 40 Prozent Beteiligung.
- Mehr als 300 Beschäftigte: Pleissner (48%), Crown Nahrungsmitteldosen (36%) und Harz Guss (34%).
- Mehr als 200 Beschäftigte: Wilvorst (49%) und Bosch Willershausen (38%).
- Mehr als 100 Beschäftigte: John Crane (67%), Zollerlern BHW (50%) und Ardagh (46%).

■ Unter 100 Beschäftigte: Duderstädter Detallabor (78%), Greiferbau (55%) Gerlach (54%).

Die Ergebnisse fließen sowohl in die Arbeit der IG Metall als auch der betrieblichen Interessenvertretungen ein.

Impressum

IG Metall
Süd-Niedersachsen-Harz
Teichstraße 9-11,
37154 Northeim
Telefon 0 55 51-988 70-0

snh.igmetall.de
Redaktion: Martina Ditzell
(verantwortlich)

Flexible Altersübergänge sind erforderlich

Die Betriebsräte bei Carl Zeiss Microscopy nutzen die Umfrageergebnisse für ihre Arbeit.



Betriebsratsvorsitzender Axel Freerk: »81 Prozent spüren bei uns den steigenden Leistungsdruck durch mehr Arbeit. Da müssen wir etwas ändern.«

Die Beschäftigtenumfrage bei Carl Zeiss Microscopy in Göttingen hat auch ergeben, dass 81 Prozent der Beschäftigten meinen, immer mehr arbeiten zu müssen. Die Folgen der Leistungsverdichtung können Stress, Burnout oder psychische Erkrankungen sein. »Es ist höchste Zeit zu handeln«, sagt Betriebsratsvorsitzender Axel Freerk. »Das Arbeitsschutzrecht hinkt noch hinterher, so dass wir gemeinsam mit den Beschäftigten Maßnahmen einfordern müssen. Sie wissen als Experten ihres Arbeitsumfeldes am besten, was sie brauchen.«

Das Angebot des Arbeitgebers, dass Betroffene anonyme Beratung und Hilfe in der Asklepios Klinik in Anspruch nehmen können, ist ein wichtiger Anfang. Freerk: »Es muss aber mehr passieren, damit Beschäftigte leistungsstark bleiben und gesund in Rente gehen können. Hilfreich wäre endlich die Verabschiedung der Anti-Stress-Verordnung.« Weitere Bausteine wie ein betriebliches Frühwarnsystem gegen Stress sowie altersgerechte Arbeitsplätze, Qualifizierung und flexible Altersübergänge sind für gute Arbeit erforderlich. ■